



**Protokoll der 35. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 21. September 2022, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Samuel Kienast

Namensaufruf: 31 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Lisa Badertscher, Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott, Gemeinderat Heinrich Christ, Gemeinderat Sandro Erné, Gemeinderat Roman Fischer, Gemeinderat Daniel Geeler, Gemeinderat Stefan Leuthold, Gemeinderat Lorenz Weber, Gemeinderat Roland Wetli

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

Traktanden

- 181 Mitteilungen
- 182 Protokoll der Sitzung vom 24. August 2022
- 183 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Stefan Geiges, Fraktion Die Mitte/EVP)
- 184 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Renate Luginbühl, Fraktion Die Mitte/EVP)
- 185 Ersatzwahl des Präsidiums der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Stefan Geiges, Fraktion Die Mitte/EVP)
- 186 Ersatzwahl eines Mitgliedes des Büros des Gemeinderates für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Renate Luginbühl, Fraktion Die Mitte/EVP)
- 187 Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Carla Ritter Kienast, Fraktion FDP)
- 188 Fragestunde

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kinder des Kinderrats, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, am vergangenen Sonntag wurde vermutlich von vielen fast unbemerkt der eidgenössische Dank-, Buss- und Betttag gefeiert. Ich möchte das zum Anlass nehmen, ganz kurz etwas dazu zu sagen, aber zuerst habt ihr noch den Witz von mir verdient.

Ein Pfarrer und ein Busfahrer segnen beide etwa gleichzeitig das Zeitliche und kommen vor die Himmelstüre. Zum grossen Erstaunen des Pfarrers wird der Busfahrer mit Glanz und Gloria und Pauken und Trompeten empfangen, die Tür ist weit offen für ihn, der Pfarrer muss noch ein bisschen hintanstehen. Wie er dann zu Petrus kommt, sagt er: «Jetzt muss ich doch noch etwas nachfragen. Wieso geht der Busfahrer mit Pomp und Gloria in den Himmel ein und ich muss hinten anstehen?» Da sagt Petrus zu ihm: «Wenn du gesprochen hast, sind alle eingeschlafen, wenn er gefahren ist, haben alle gebetet.»

Der eidgenössische Dank-, Bus- und Betttag wurde vor 190 Jahren von der Tagsatzung einberufen. Anscheinend empfanden damals die Regierenden der Schweiz das Gebet als einen staatspolitisch wichtigen Akt. 1832 wurde der eidgenössische Dank-, Bus- und Betttag auf den dritten Sonntag im September für alle Kantone bestimmt. Der Hintergrund war der Sonderbundskrieg, der unter anderem auch ein Krieg der Konfessionen, also Katholiken gegen Reformierte war. Die Tagsatzung wollte die Leute dazu bringen, gemeinsam zu beten statt zu kriegen. Und die Intention dieses Betttags war damals, den Respekt vor politisch und konfessionell Andersdenkenden zu fördern. In diesem Sinn denke ich, ist der eidgenössische Dank-, Buss- und Betttag auch heute etwas, was sehr aktuell ist. Und weil wohl die wenigsten von uns den eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag bewusst begangen haben, auch weil er halt immer auf einen Sonntag fällt, lade ich etwas unkonventionell ein, dass wir zu Beginn dieser Sitzung einfach miteinander einen Moment still sind. Man muss nicht beten, das ist gar nicht die Frage, aber vielleicht einen Moment bedenken, was uns wichtig ist. Politisch und persönlich. Ich glaube, in diesen Zeiten kann uns das nicht schaden, miteinander einen Moment zu schweigen. Ich lade ein, einen kurzen Moment still zu sein.

Bittet, wird euch gegeben, sucht, so werdet ihr finden. Klopf an, so wird euch aufgetan. Und heute noch: Fragt, so wird euch hoffentlich geantwortet werden. So eine Ergänzung eines Anspruchs von Jesus.

Ich wünsche, dass wir heute gute Antworten erhalten und freue mich auf ein gutes und respektvolles gemeinsames Politisieren.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 31 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 16.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Lorenz Weber ist für die heutige Sitzung ein Ersatz im Büro notwendig.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion

CH/GP/GLP: Wir schlagen Klaudia Peyer als Stimmzählerin vor.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage vor, die Wahl offen durchzuführen und nehme an, dass alle damit einverstanden sind.

Abstimmung

Gemeinderätin Klaudia Peyer wird einstimmig – unter Enthaltung der eigenen Stimme – als Stimmzählerin für die heutige Sitzung gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement zugestellt. Ich schlage aber eine kleine Traktandenänderung vor. Damit wir im Büro sobald wie möglich wieder vollzählig sind, schlage ich vor, dass wir die Ersatzwahl fürs Büro vorziehen und das Traktandum 186 vorziehen. Ist jemand anderer Meinung, dass man das nicht machen sollte? – Das ist nicht der Fall. Darum nehme ich an, dass das stillschweigend genehmigt ist. Wünscht jemand sonst zur Tagesordnung das Wort? – Das ist nicht der Fall, dann ist auch diese stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung mit der einen Änderung entsprechend durchführen.

181**MITTEILUNGEN**

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich darf die Kinder vom Kinderrat mit Andrea Hofmann herzlich willkommen heissen: Natalie Helbling, Svenja Küng und Fabio Fischer werden ihre Fragen stellen, aber ihr müsst euch noch etwas gedulden, dafür dürft ihr noch etwas mitbekommen, wie das bei uns im Gemeinderat so läuft.

Dann freue ich mich ganz herzlich, Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen von Die Mitte und Gemeinderat Stefan Eggimann von der EVP zur ersten Sitzung zu begrüssen. Ich wünsche euch viel Freude und Ausdauer in diesem Rat, und dass ihr viel Interessantes debattieren könnt. Herzlich willkommen.

1. Mit Beschluss Nr. 285 vom 6. September 2022 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Schliessung Schlosskino Frauenfeld» von Gemeinderat Andres Storrer beantwortet.
2. Mit Beschluss Nr. 292 vom 6. September 2022 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Verkehrsführung bei Baustellen entlang der Bahnhofstrasse» von Gemeinderat Roman Fischer beantwortet.
3. Mit Beschluss Nr. 309 vom 13. September 2022 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Nutzung hintere Badiwiese während Neubau Hallenbad» von Gemeinderat Christoph Tobler beantwortet.
4. Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Medien zwei Orientierungen aus den Departementen Finanzen und Zentrales statt.
5. Reto Martin von der Thurgauer Zeitung und Mirjam Schäfer von der Stadt haben vom Büro die Erlaubnis erhalten, an der heutigen Sitzung zu fotografieren. Wir werden uns Mühe geben, freundliche Gesichter zu machen.
6. Am 23. September findet unser Gemeinderatsausflug bzw. unser Gemeinderatsfest statt. Ich freue mich darauf, euch um 18:00 Uhr in der evangelischen Kirche bzw. um 19:30 Uhr im Murg-Auen-Park zu begrüssen.

182**PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 24. AUGUST 2022**

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Protokoll der Sitzung vom 24. August 2022 wurde am 2. September 2022 im Dossierbrowser hochgeladen. Es sind keine Änderungswünsche eingetroffen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom 24. August 2022 gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten herzlich für das Verfassen des Protokolls.

186

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES BÜROS DES GEMEINDERATS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 - 2023 (NACHFOLGE RENATE LUGINBÜHL, FRAKTION DIE MITTE/EVP)

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP hat das Vorschlagsrecht für einen Sitz.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP schlägt Ihnen als Ersatz für Renate Luginbühl Nathanael Hug vor. Besten Dank, wenn Sie ihn wählen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir werden auch diese Wahl offen durchführen, wenn alle damit einverstanden sind.

Abstimmung

Gemeinderat Nathanael Hug wird einstimmig – unter Enthaltung der eigenen Stimme – als Mitglied des Büros für den Rest der Legislatur gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Herzliche Gratulation, Nathanael. Ich bitte dich, nach vorne zu kommen und die schöne Aussicht zu geniessen. Ich heisse dich im Büro herzlich willkommen.

183

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK BAU UND WERKE FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE STEFAN GEIGES, FRAKTION DIE MITTE/EVP)

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Stefan Geiges ist per Ende August als Mitglied und als Präsident der GPK Bau und Werke zurückgetreten. Die Fraktion Die Mitte/EVP hat das Vorschlagsrecht.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Ich schlage Ihnen als Ersatz für die GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur Stefan Eggimann vor. Wir sind sehr davon überzeugt, dass er diese Arbeit in der GPK erfolgreich machen wird. Er hat als Geschäftsleitungsmitglied im Wetterbaum jahrelange Erfahrung in der Führung. Er ist jahrelang Präsident der EVP, deshalb kennt ihr ihn wahrscheinlich auch. Somit ist er auch seit Jahren Mitglied in unserer Fraktion. Besten Dank, wenn Sie uns das Vertrauen schenken.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir werden auch diese Wahl offen durchführen.

Abstimmung

Stefan Eggimann wird einstimmig – unter Enthaltung der eigenen Stimme – als Mitglied der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Wir gratulieren dir herzlich zur Wahl und wünschen dir viel Freude bei der Arbeit in der GPK.

184

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK BAU UND WERKE FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE RENATE LUGINBÜHL, FRAKTION DIE MITTE/EVP)

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Renate Luginbühl ist ebenfalls per Ende August 2022 aus der GPK Bau und Werke zurückgetreten. Die Fraktion Die Mitte/EVP hat das Vorschlagsrecht.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Wir sind überzeugt, dass unser Vorschlag, Gemeinderätin Ruth Krähenmann, die Arbeit gut erledigen wird. Sie war auch schon einige Male bei uns an einer Fraktionssitzung und hat sich in die Materie eingearbeitet. Deshalb schlagen wir Ihnen Gemeinderätin Ruth Krähenmann vor und hoffen auf das Vertrauen, welches Sie uns aussprechen.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir werden auch diese Wahl offen durchführen.

Abstimmung

Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen wird einstimmig – unter Enthaltung der eigenen Stimme – als Mitglied der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich gratuliere auch dir ganz herzlich zu deiner Wahl und wünsche dir bei deiner Arbeit in der GPK viel Interessantes und viel Freude.

185

ERSATZWahl DES PRÄSIDIUMS DER GPK BAU UND WERKE FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE STEFAN GEIGES, FRAKTION DIE MITTE/EVP)

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP hat auch hier das Vorschlagsrecht.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Wir schlagen Ihnen für diese Funktion als Präsident der GPK Gemeinderat Stefan Eggimann vor. Er wird das hervorragend machen. Besten Dank für Ihr Vertrauen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Auf das scheint nicht der Fall zu sein. Dann dürfen wir das noch einmal mit der offenen Wahl bestimmen.

Abstimmung

Gemeinderat Stefan Eggimann wird einstimmig – unter Enthaltung der eigenen Stimme – als Präsident der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Stefan, ich gratuliere dir herzlich zur Wahl. Wir müssen den Namen gar nicht neu lernen, das ist einfach für uns. Ich wünsche dir für die Leitung der GPK viel Geschick und Freude.

187

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE CARLA RITTER KIENAST, FRAKTION FDP)

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Fraktion FDP hat für diese Ersatzwahl das Vorschlagsrecht.

Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Im Auftrag des Fraktionspräsidenten darf ich euch den Wahlvorschlag der Fraktion FDP für die Nachfolge des Wahlbüromitglieds präsentieren. Die Fraktion FDP schlägt Christian Ruh vor, geboren am 11. November 1995. Beruflich ist er Student an der ZHAW in Winterthur mit der Studienrichtung Organisationskommunikation. Hobbys sind Musik, Sport und Film. Wegen eines Auslandsemesters kann er heute leider nicht hier sein, wird diese Funktion aber sicherlich nach bestem Wissen und Gewissen ausführen können. Wir danken für die Unterstützung unseres Vorschlags.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Dann führen wir auch diese Wahl offen durch.

Abstimmung

Christian Ruh wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Wir gratulieren ihm herzlich zur Wahl und wünschen ihm bei seiner Arbeit im Wahlbüro viel Freude.

188

FRAGESTUNDE

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Es sind innerhalb der ordentlichen Frist 14 Fragen eingegangen. Sie werden vom Stadtrat in der Reihenfolge gemäss Beschluss Nr. 298 des Stadtrats beantwortet. Zusätzlich haben wir noch drei Fragen vom Kinderrat erhalten, auch diese wird der Stadtrat beantworten. Nach der Beantwortung der Fragen aus dem Kinderrat werde ich die Kinder verabschieden, bevor wir dann mit den Fragen des Gemeinderats weiterfahren. Ich schlage vor, dass die Fragestellenden jeweils ihre Frage vorlesen. Nach der Beantwortung durch das entsprechende Mitglied des Stadtrats hat die fragestellte Person die Möglichkeit, gemäss Art. 47 Abs. 3 des Geschäftsreglements eine Ergänzungsfrage zu stellen. Sind alle damit einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Dann dürfen wir mit den Fragen des Kinderrats beginnen.

Natalie Helbling, Referentin im Namen des Kinderrats: Wie wird bestimmt, dass ein Veloweg gebaut wird und wieso hört der Veloweg im Lindenpark im Kreisel vor der Musikschule auf?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Liebe Natalie, danke für deine Frage. Du bist nicht die einzige, die heute Abend eine solche Frage stellt, aus dem Parlament gibt es weitere Fragen, darum haben Sie einen analogen Plan erhalten, auch die Mitglieder des Kinderrats. Meine Feststellung beim Debattieren ist, dass analoge Pläne besser sind für das Verständnis als digitale auf dem Bildschirm. Nicht dass ihr denkt, wir wollen alles analog machen, aber wir haben uns entschieden, den Plan auszudrucken und den Gemeinderäten abzugeben, weil es um Velorouten geht, die sind da beschrieben, damit du das auch nachschauen kannst. Ich fühlte mich bei deiner Frage, als wenn jemand aus dem Gemeinderat die Frage stellt, denn da könnte eine gleiche Frage

kommen. Es ehrt mich auch, dass alle Kinderfragen, auch die von Svenja und Fabio, das Departement Bau und Verkehr betreffen. D. h. auch, die Kinder interessieren sich für das Bauen, und es ist schön als Politiker, wenn die Kinder sich für seine Themen interessieren.

Es geht um das Fuss- und Velokonzept der Stadt Frauenfeld vom 19. Mai 2020. Es gehört zum Mobilitätskonzept 2030, dieses wurde etwa 2014 vom damaligen Stadtrat verabschiedet. Darin ist beschrieben, wie Fuss-, Velo- und Wegnetz und die Infrastruktur (Strassen und Velowege) weiterentwickelt werden sollen. Für den Veloverkehr wurden in Frauenfeld die wichtigsten Strecken, die mit dem Velo zurückgelegt werden, in einzelne Routen eingeteilt. Auf dem Plan sind die Routen beschrieben.

Der Weg zum Lindenpark ist ein Teil des Rad- und Fusswegs entlang der Murg und gehört zur Route 15. Das ist der Zentrumsring, wo verschiedene Routen miteinander verbunden werden. Dort wird der Radweg über die Hauptstrasse geführt und ist in der Umsetzung nicht einfach zu lösen. Diese Querungen über die Hauptachsen sind nicht einfach, das sieht man zum Beispiel beim Schloss-Ärztzentrum. Dort müsste man teure Massnahmen machen, um dies optimal zu lösen. Wir möchten aber mit der Umsetzung immer alle Problemstellungen gemeinsam aufeinander abgestimmt lösen, und das braucht Zeit.

2011 gab es in Frauenfeld eine Velowegabstimmung, damals war ich noch nicht einmal politisch aktiv. Ich wurde am 1. Juni 2011 in den Gemeinderat gewählt, am 9. April 2011 wurde darüber abgestimmt. Ich weiss nicht, ob du da schon auf der Welt warst. Dieser Veloweg ist bis heute noch nicht umgesetzt. Der Grund, dass er noch nicht umgesetzt ist, ist, dass es immer Landverhandlungen braucht mit verschiedenen Personen, die Landbesitzer sind, und das dauert eine Weile. Wir sind beim letzten Stück an den Landverhandlungen dran. Einfach zum Verständnis für euch, das dauert lange. Meistens geht eine Anfrage von euch Kindern so weit, dass die erst erledigt ist, wenn ihr aus dem Kinderalter heraus seid. Letztendlich will man mit der Umgestaltung des Bahnhofplatzes gesamthaft auch die Veloroute anschauen. Aber das ist heute und morgen noch nicht geplant. Auf dem Bahnhofplatz werden jetzt die Bushaltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz saniert und auf 22 cm angehoben. Das ist eine gesetzliche Vorschrift des Bundes und wir als Stadt müssen das umsetzen. Ich hoffe, ich konnte deine Frage so beantworten.

Svenja Küng, Referentin im Namen des Kinderrats: Meine Frage ist, ob man aus dem Burstelpark ein bisschen mehr machen könnte wie zum Beispiel ein kleines Café mit Glacé, Grillstelle und Sitzmöglichkeit, wo Jugendliche in unserem Alter sich in ihrer Freizeit treffen könnten.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Liebe Svenja, danke auch für deine Frage. Der Burstelpark liegt in der Freihaltezone. Das ist eine Zone, wo keine festen Bauten installiert werden dürfen. Man kann das mit einer Zonenplanänderung über den Gemeinderat ändern. Es wäre auch etwas, wo der Stadtpräsident, der für den öffentlichen Grund zuständig ist, noch nicht dazu gekommen ist zu klären, ob man da etwas machen kann. Aber bei einer solchen Zonenplanänderung gibt es auch wieder rechtliche Mittel, wo Anwohner, die sich darüber stören, Einsprache machen können. Ich bringe als Beispiel die Turnhalle des BZT an der Maiholzstrasse, die erstellt wird. Dort muss man das Nutzungskonzept aufgrund einer Einsprache anpassen, dass wegen des Lärms ab 18 Uhr abends keine Kinder mehr auf dem Spielplatz sein dürfen. Das sind Sachen, die wir zurzeit erleben. Sonst wäre das Baugesuch wahrscheinlich heute noch nicht bewilligt.

Beim Burstelpark ist es auch noch so, und da schlägt mein Herz als Landwirt hoch, wir haben dort eine Biodiversitätsaufwertungsmassnahme gemacht. Da bin ich auch mit dem Stadtpräsidenten immer im Clinch. Für einen Anlass möchte er die ganze Wiese mähen und ich möchte für die Wildtiere immer einen Streifen lassen, damit sie dort verweilen können. Vielleicht hast du schon gesehen, das Gras und die Blumen sind dort höher, der Rest ist tiefer geschnitten, das ist für die Biodiversität wichtig. Eine Pflanze hat im Durchschnitt zwischen 10 bis 30 Lebewesen,

und wenn wir auf einem Quadratmeter 50 Pflanzen haben, haben wir viel mehr, als wenn wir eine Wiese haben. Ich bin auch der Ansicht, dass die Stadt etwas dazu beitragen kann.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Liebe Svenja, ich möchte noch etwas ergänzen. Ich habe im Burstelpark noch nie Rehe oder Füchse gesehen, aber ich verstehe dich wegen der Wildtiere. Die Anlage der hinteren Badiwiese steht uns offen, dort gibt es ein Beachvolleyballfeld, eine Rasenspielfläche und Fussballtore, diese könnt ihr jederzeit und während der ganzen Woche nutzen, die steht euch auch zur Verfügung. Dies als kleine Ergänzung zum Burstelpark.

Fabio Fischer, Referent im Namen des Kinderrats: Wird der Kappellerspielplatz bald einmal saniert und gibt es dann vielleicht einen zweiten Basketballkorb?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Lieber Fabio, vielen Dank für diese Frage. Ich nehme vorweg, diese Sanierung wirst du vielleicht noch als Jugendlicher erleben, es geht 3 bis 5 Jahre. Ihr wächst ja immer schnell in jungen Jahren, ich kenne das von meinen Nichten und Neffen. Dieser Spielplatz soll in den nächsten 3 bis 5 Jahren saniert werden, derzeit ist noch nicht klar, was für Spielgeräte darauf aufgestellt werden. Zurzeit werden wir aber keine neuen Spielgeräte mehr installieren, weil wir wissen, dass die Sanierung kommt. Aber wir wollen dann bei der Planung eine Mitwirkung mit der Quartierbevölkerung machen, wo auch der Kinderrat seine Wünsche einbringen darf. Ich weiss, dass die Periode im Kinderrat 2 bis 3 Jahre dauert; wenn das spruchreif wird, wirst du wahrscheinlich nicht mehr dabei sein, aber du kannst natürlich dein Anliegen jetzt schon deponieren. Es ist wichtig und ich finde es schön, dass du dir Gedanken gemacht hast und dann vielleicht auch noch als Jugendlicher einbringst, was du als Kind gerne gehabt hättest. Das ist manchmal in der Politik schwierig und ich möchte euch für die drei Fragen danken, die ihr gestellt habt. Mir geht es auch immer zu langsam, genau wie euch. Ich kann euch verstehen, dass es schneller gehen sollte. Aber danke für eure Fragen und euer Interesse an der Politik und am Baudepartement.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich darf euch ganz herzlich danken, nicht nur für das mutige Stellen von Fragen und Überlegen, was ihr wissen wollt, sondern auch für das engagierte Mitdenken in unserer Stadt im Kinderrat. Es ist wichtig, dass eure Stimmen gehört werden. Vielen Dank für euren Einsatz, den ihr da macht. Stadträtin Barbara Dätwyler ist zuständig für den Kinderrat, sie wird euch noch ein kleines Geschenk überreichen, danach verabschieden wir euch mit ganz herzlichem Dank aus dem Rat.

Wir fahren fort mit den Fragen aus dem Gemeinderat gemäss festgelegter Reihenfolge.

Gemeinderätin Karin Gubler (CH): Es ist immer wieder schön zu erleben, wie wortreich wir Politikerinnen und Politiker Nein sagen können. Ich hoffe, es ist nicht den ganzen Abend so.

In der Coronazeit wurden sehr viele Food-Stände sehr unkompliziert bewilligt. In letzter Zeit sieht man diese Belebungsangebote von Crêpes-Wagen über die Suppenküche zum Glühweinstand nicht mehr so. Eine lebendige Innenstadt hat für mich auch viel damit zu tun. Jetzt sucht man diese Perlen ein bisschen vergeblich. Mich nimmt deshalb wunder, ob die Stadt Kenntnis hat, warum so viele Food-Stand-Betreiber und –Betreiberinnen nicht mehr vor Ort wirken. Wenn ja, welche Massnahmen sind geplant, um wieder mehr Food-Stände zur Belebung hierherzuholen. Wie sind die Reaktionen von Food-Stand-Betreiber- und –Betreiberinnen sowie vom Gastgewerbe vor Ort auf das neue Reglement und die Gebührentarife, welche erlassen worden sind? Werden für Food-Stände Rahmenbewilligungen vom Hochbauamt erteilt oder müssen die Betreiber und Betreiberinnen zu verschiedenen Ämtern gehen? Ist es vielleicht ein bisschen ein komplizierter Prozess? Die Versuchsphase für den öffentlichen Grund läuft ja noch bis April 2024. Wann wird voraussichtlich über eine etwaige Verlängerung dieses vereinfachten Regimes entschieden, welches das fördern könnte?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Massnahmen des Bundesamts für Gesundheit zur Eindämmung des Coronavirus veranlassten den Stadtrat damals, den öffentlichen Grund vorübergehend – und das sagten wir von Anfang an, vorübergehend – gratis, aber nicht bewilligungsfrei zur Verfügung zu stellen. In einem ersten Schritt wurden all jene Erdgeschossmieterinnen und -mieter, die den öffentlichen Raum schon bisher genutzt haben, eingeladen, diesen unter Einhaltung der Hygienevorgaben des Bundes erweitert zu bespielen. In einem zweiten Schritt wurden die übrigen Nutzerinnen und Nutzer zur Bespielung des öffentlichen Raums eingeladen, wovon einige Anbieter dann auch Gebrauch gemacht haben. Da die Restaurants aufgrund der Covid-19-Verordnung vorübergehend schliessen mussten oder nur unter strengen Auflagen geöffnet werden durften, verlegte sich das gesellschaftliche Leben allgemein in den öffentlichen Raum, dies führte zu der von dir benannten Belebung des öffentlichen Raums und die Betreiber konnten dadurch auch ganz passable Umsätze erzielen.

Um die Nutzung des öffentlichen Grunds einheitlich zu regeln – ich betone das Wort einheitlich – hat der Stadtrat dann am 1. Juni 2021 die Nutzung des öffentlichen Grunds neu geregelt. Dabei wurde die Verordnung über die Gebühren und Mietzinsen über die Benutzung gemeindeeigener Grundstücke durch den Stadtrat verabschiedet und das Amt für Sicherheit mit der Umsetzung betraut. Ebenfalls hat der Stadtrat festgelegt, dass die neue Regelung nach einem Jahr überprüft und allenfalls angepasst werden müsse. Man rechne, das dürfte also in diesem Jahr geschehen sein, was diesen Frühling auch passiert ist. Aufgrund der Resultate hat der Stadtrat eine weiterführende zweijährige Versuchsphase im Sinn einer Testnutzung für die Nutzung des öffentlichen Grunds beschlossen. Und nun zu den Fragen:

Einige Restaurants, sogenannte Sockelnutzende oder Erdgeschossnutzende, betreiben ihre Gartenwirtschaften auf öffentlichem Grund der Stadt Frauenfeld und haben dafür Bewilligungen erhalten, also diese Rahmen- oder auch Baubewilligungen. Diese tragen auch zur Belebung der Innenstadt bei. Es besteht auch die gleiche Anzahl von Nutzungsvereinbarungen wie vor der Coronapandemie. Wir haben also gleich viele wie vorher, nicht wie während der Pandemie. Bei einer Betreiberin eines Crêpes-Wagens ist bekannt, dass sie sich mittlerweile beruflich anders orientiert hat. Ein Betreiber eines Imbisswagens hat zwar eine Bewilligung für die Benützung des öffentlichen Grunds, doch – und das ist etwas, was uns immer wieder begegnet – aufgrund des Fachkräftemangels konnte er den Betrieb nicht aufnehmen. Dasselbe gilt auch für einen Glacéstand. Das dürften die unterschiedlichen Gründe sein, die dazu geführt haben: 1. Die Restaurants sind wieder geöffnet, man kann wieder hinein. 2. Fachkräftemangel. 3. Regime mit der Nutzung mit Bezahlung. Es gibt auch Betreiber, die nicht mehr kommen, weil sie wieder Gebühren bezahlen müssen, auch wenn wir die Gebühren aufgrund der ersten Erfahrungen in den ersten neun Monaten mit dem neuen Regime wieder etwas reduziert haben.

Der Stadtrat hat diesen Sommer eine zweijährige Versuchsphase im Sinn einer Testnutzung für die Nutzung des öffentlichen Grunds beschlossen. Verbunden damit wurden auch 10 zusätzliche mögliche Standorte ausgeschieden. Aufgrund von Rückmeldungen von Gastronomen und Betreibern von Imbisswagen wurden die Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Grunds reduziert.

Zum neuen Reglement gab es seitens von Standbetreibern und Gastronomen bisher keine Rückmeldungen. Aufgrund der von uns gemachten Veränderungen hat es seither keine Rückmeldungen gegeben.

Während der zweijährigen Versuchsphase wird auf eine Baubewilligung verzichtet. Die Nutzenenden haben beim Hochbauamt lediglich eine Anzeigepflicht. Ziel ist es aber, mit den sogenannten Rahmenbaubewilligungen das Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Aber das ist etwas, wofür wir jetzt während der Testnutzungsphase Zeit haben. Das Hochbauamt und die Bewilligungsbehörden sind extrem ausgelastet, die Baubewilligungszahlen sind in die Höhe geschneilt, die Ressourcen sind aber gleich geblieben, deshalb müssen wir hier etwas Zeit ins System hineinbringen, was wir mit der Testnutzung gemacht haben.

Das Amt für Sicherheit ist beauftragt, eine systematische Erhebung der Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Testnutzung zu erstellen und das dann so in den Stadtrat zu bringen, dass man per 1. Mai 2024 die Weiterführung – wie auch immer gestaltet – beschliessen kann.

Gemeinderätin Karin Gubler (CH): Sind Massnahmen geplant, um vermehrt Stände anzuziehen? Das habe ich verpasst.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wir haben eine öffentliche Kommunikation gemacht, als das neue Regime eingeführt wurde. Weitere Sachen haben wir nicht gemacht. In der Vergangenheit war es so, dass wöchentlich Anfragen gekommen sind, zurzeit kommen aber fast keine Anfragen mehr herein. Das ist ein bisschen die Veränderung wegen Fachkräftemangel, und auch wenn man schaut, wie die Stände frequentiert sind, glaube ich, es lohnt sich im Moment nicht so.

Gemeinderat Stefan Eggimann (EVP): Meine erste Frage bezieht sich auf Open Data. Der Kanton Thurgau publiziert im Internet seit rund fünf Jahren offene Behördendaten. Offene Behördendaten sind gemäss Definition des Kantons Datenbestände, die der Allgemeinheit zur freien Benutzung in offenen Dateiformaten kostenlos und maschinenlesbar, also standardisiert zur Verfügung gestellt werden. Verfügt auch die Stadt Frauenfeld über eine Open-Data-Strategie, um in Zukunft Daten wie zum Beispiel Budget und Jahresrechnung im Open-Data-Format zu veröffentlichen? Und wenn ja, wie sieht diese Strategie aus und welche konkreten Schritte sind geplant?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich könnte diese Frage kurz mit Nein beantworten. Ich werde aber ein bisschen ausführlicher sein. Die kantonale Dienststelle für Statistik zeichnet im Kanton Thurgau verantwortlich für Open Data und Government Data. Der Datenkatalog der kantonalen Dienststelle für Statistik ist sehr umfassend: Bau- und Wohnungswesen, Bevölkerung, Bildung/Wissenschaft, Energie, Finanzen, Geografie/Geodaten, Gesundheit, Kultur, Medien/Informationen, Sport, Land- und Forstwirtschaft, Mobilität und Verkehr, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Politik, Raum und Umwelt, soziale Sicherheit, Verwaltung und schliesslich noch Volkswirtschaft. Beim Thema Finanzen sind bereits die Kennzahlen sämtlicher Thurgauer Gemeinden aufgeführt und auch bei anderen Themen sind Daten nach Bezirk vorhanden. In der Schweiz haben nur wenige grosse Städte wie Basel, Zürich und Bern eigene Open-Government-Bereiche aufgebaut. Weshalb? Weil dafür ein ausgeprägtes statistisches Fachwissen notwendig ist und weil das auch ziemlich viele Ressourcen benötigt. Die Stadt Frauenfeld deshalb nicht. Aber es kommt noch etwas hintendran. Die Stadt Frauenfeld hat in ihrer Smart-City-Strategie, die Sie nachher vorgestellt bekommen, das Thema aufgenommen. Es steht aufgrund des beträchtlichen Aufwands ressourcentechnischer Natur in der Priorisierung nicht zuvorderst. Dies kann durch Wissensaufbau des Smart-City-Verantwortlichen dann aber vielleicht erarbeitet werden, das kann dann zu einem späteren Zeitpunkt zur Schaffung von Ressourcen führen. Wir werden in der Budgetdebatte dann sehen, wie die finanziellen Verhältnisse sind, deshalb kommt das übermorgen noch nicht.

Gemeinderat Stefan Eggimann (EVP): Ich habe keine Ergänzungsfrage, begrüsse aber die Aufnahme des Themas grundsätzlich und was die Ressourcen anbelangt, bin ich gespannt, was das tatsächlich ausmachen wird. Ich hoffe weniger als befürchtet.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Der Vorteil meiner Frage ist, sie kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Stadtrat Elliker kann also aus dem Vollen schöpfen. Es geht um den zeitlichen Ablauf der Aufwertung Innenstadt und das Mitwirkungsverfahren. In der Botschaft Nr. 31 ist ein grober Zeitablauf dargestellt. Nach der Abstimmung wurde diese sicher konkretisiert. Wie sieht der zeitliche Ablauf nun für die nächsten zwei Jahre detailliert aus? Wann kommt der Mitwirkungsprozess und wie genau wird dieser funktionieren?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ich kann nicht Nein sagen. Aber was ich immer wieder lerne, wenn ich direkt und kurz Nein sage, bin ich unhöflich, sagt man mir. Nur, damit ihr das versteht. Und ich will den Kindern ja nicht zu nahe treten und die Kinder haben eine ausführliche Antwort verdient. Und ich finde auch, es ist wichtig zu erklären. Das ist meine Einleitung, jetzt wird es technisch.

Es ist so, das ist ein Werkstattbericht. Der Leiter des Amtes für Tiefbau und Verkehr, Sascha Bundi, hat am 15. August seine Stelle angetreten und ist mit Hochdruck an dieser Arbeit dran, das aufzugleisen. Die Stelle war vier Monate lang nicht besetzt, die Personaldecke ist dünn. Es ist in der Linie, und das ist für den Gemeinderat ja auch wichtig. Zuerst der Stadtrat, dann der Gemeinderat und dann die Öffentlichkeit. Das halten wir ein. Ich bringe einen kleinen Werkstattbericht, da werden meine Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat wissen, dass ich das heute bringe, aber so detailliert, wie ich es jetzt bringe, wissen sie es noch nicht. Und auch, dass das gesagt ist: Es ist noch nicht das Ende der Fahnenstange und es ist nicht in Stein gemeisselt, wie es jetzt ist. Und das kann ich auch von den Kinderfragen vornewegnehmen: Bauen Sie mal in einer Stadt mit 26'000 Einwohnern und mit verschiedenen Landbesitzern, da muss man Geduld üben. Wie ich gesagt habe, ist das nicht meine Stärke. Aber ich übe mich darin. Es ist aber auch gut, dass man die Projekte auf Zug hält.

Jetzt zur Frage von Gemeinderat Pascal Frey: Das Grosskonzept Aufwertung Strassenräume Innenstadt mit den enthaltenen Teilprojekten Rheinstrasse, Rathausstrasse, Promenade, Vorstadt, Ringstrasse und Freie Strasse befindet sich aktuell in der Vergabe der Planungsaufträge im offenen Verfahren. Das für das Grossprojekt zuständige Amt für Tiefbau und Verkehr sowie das kantonale Tiefbauamt – also der Kanton redet da auch mit, ich hatte heute Vormittag eine zweistündige Sitzung – zielen auf einer Arbeitsvergabe im Oktober hin, wonach die Arbeiten zu Beginn des neuen Jahres gestartet werden können. Der Mitwirkungsprozess befindet sich aktuell in der Konzeptionsphase. Mit der Mitwirkung wollen die projektverantwortlichen Stellen von Stadt und Kanton mit möglichst vielen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Betreiberinnen und Betreibern über zukünftige Gestaltung und Nutzung der Innenstadt und die öffentlichen Räume in den Austausch kommen. Es könnte sein – beim Gesamtbild haben wir das gemacht, diese Frage habe ich auch gestellt, aber wir wollen es richtig machen und das Versprechen einholen – dass man dann nochmals eine Schlaufe macht. In der integralen Partizipation werden zum einen Visionen für Stadträume und Mobilität diskutiert und anhand konkreter Vorprojekte reflektiert. Damit wird ersichtlich, dass in der Projektarbeit der Mitwirkungsprozess als fester Bestandteil gilt. Die Projektverantwortlichen streben eine Mitwirkung über drei Beteiligungsgruppen und drei Stufen an. Im Grossprojekt werden drei Beteiligungsgruppen eingesetzt, die Begleitgruppe und die Bevölkerungsververtretung ist über die gesamte Projektdauer und Projektbearbeitung eingebunden. Da haben wir ein Organ: die Fachkommission Verkehr. Die breite Öffentlichkeit, jedermann, jede Frau kann sich einbringen, Direktbetroffene, natürliche und juristische Personen, die von Auswirkungen des Projekts direkt betroffen sind, werden einbezogen (Land Eigentümerinnen und Landeigentümer, Betreiberinnen und Betreiber usw.).

Aktueller Stand des groben geplanten Vorgehens zu Mitwirkungsstufen in drei Stufen – das heisst aber nicht, dass das bei allen Strassen gleich ist: Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der grundsätzlichen Stossrichtung findet die erste Stufe der Mitwirkung statt, diese ist voraussichtlich auf Mitte 2023 geplant. Zusammen mit der Erarbeitung der Vorstudien SIA Phase 21 ist die Mitwirkung von Direktbetroffenen vorgesehen. Voraussichtlich Stufe 2 2024, Stufe 3 2025. Wir können nicht alle Strassen, die betroffen sind, miteinander bauen. Aber wir stehen da vor einer Herausforderung, der wir uns gerne stellen. Ich stelle euch das gerne einmal im Amt vor, die Türen sind offen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP): Was sind die nächsten geplanten Erweiterungen bzw. Ausbauten der Frauenfelder Veloweginfrastruktur und wie weit ist die Umsetzung des Fuss- und Veloverkehrskonzepts 2030? Gerne verweise ich dort auch auf die sehr konkreten Massnahmenblätter im Anhang des Konzepts, wo steht, was man genau wo im Detail machen will.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Jetzt wird es wirklich technisch und ich hoffe, Sie haben den Plan vor sich. Was ich vorwegnehmen möchte, ich kann Ihnen die Fragen nicht komplett beantworten, ich bin kein Tiefbauingenieur, der das genau beantworten kann. Es wäre auch vermessen gewesen, dies auf der Karte einzuzeichnen, aber auch für Sie stehen die Türen offen und ich versuche, die Fragen anhand der Velorouten so weit wie möglich zu beantworten. Ich sehe, die Pläne sind grossmehrheitlich offen, das freut mich. Wenigstens einmal. Ich hoffe, der Plan wird aber abgelegt, damit er mehrmals genutzt werden kann, weil der Strom, wie man sieht, in Zukunft teurer wird und das Aufmachen von Plänen einen Strombedarf bringt. Das kann eine kleine Einsparung sein. Ich möchte aber nicht meinem Stadtratskollegen Hugentobler zuvorkommen.

Route 1, regionaler Radweg 2, Etappe Goldacker-/Erchingerstrasse: Das ist der Landerwerb Kehlhofstrasse 17, da haben wir noch keine Einigung gefunden.

Route 3, Brotegg, Querungshilfe Thundorferstrasse: Vorprojekt im kantonalen Tiefbauamt erarbeitet.

Route 6, Herten: Querungshilfe Mühletobel-/Zürcherstrasse erstellt, Verbindungsweg Mühletobel-/Bannhaldestrasse Verhandlungen Forst, geschützte Hecke, Ausführung voraussichtlich 2023.

Route 10: Oberwiesen-/Schaffhauserstrasse soll 2023 saniert werden. In diesem Zusammenhang finden Landverhandlungen statt. Verbindung Häberlin-Brücke zum regionalen Radweg wurde mit der Sanierung der Wannefeldstrasse erstellt. Kreuzung Häberlin-/Lachenackerstrasse Trottoirüberfahrt wurde entfernt.

Route 15, Zentrumsring, Überquerung Rheinstrasse: Verhandlungen im kantonalen Amt für Umwelt in Bearbeitung.

Das ist eine kurze Zusammenfassung. Der veloverantwortliche Beat Luchsinger steht Ihnen für nähere Auskünfte gerne zur Verfügung. Landverhandlungen sind Landverhandlungen und die sind nicht immer einfach. Darüber könnte ich als Stadtrat schon lange mehr als ein Buch schreiben.

Gemeinderätin Priska Brenner Braun (GP): Der Bund hat zum freiwilligen Energiesparen aufgerufen und bereits haben verschiedene Gemeinden Massnahmen angekündigt. So wird zum Beispiel die Stadt Kreuzlingen den Stromfresser Springbrunnen im See abschalten, eine Massnahme, die neben Stromsparen sicher auch eine symbolische Wirkung entfaltet. Was gedenkt die Stadt Frauenfeld zu tun, bzw. was ist bereits beschlossen? Welche Massnahmen wird die Stadt bei stadteigenen Gebäuden und Anlagen ergreifen? Werden Raumtemperaturen gesenkt? Werden Beleuchtungen teilweise oder ganz ausgeschaltet? Welche Empfehlungen und Vorschriften wird die Stadt Frauenfeld herausgeben, zum Beispiel betreffend Schaufensterbeleuchtungen, Leuchtreklamen, Weihnachtsbeleuchtung und Ähnliches?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Ich gehe davon aus, dass Sie seit dem 3. August alle sechs auf unserer Homepage publizierten Medienmitteilungen zu den angefragten Massnahmen bereits zur Kenntnis genommen haben. Die Stadt Frauenfeld setzt sich das 15-Prozent-Ziel zur Energieeinsparung für den kommenden Winter. Ich denke, das ist die allumfassende Aussage. Im Hinblick auf die aktuelle und für den kommenden Winter unklare Versorgungssicherheit in den Bereichen Elektrizität und Gas erarbeitete die Stadt einen Massnahmenplan zur Energieeinsparung in der Verwaltung, dem Freizeit- und Sportstätten, dem AZP, den Gebäuden von Thurplus und den städtischen Liegenschaften. Die entsprechenden Tipps haben Sie sicher auch gesehen. Das sind die farbigen Blätter, die sind auch öffentlich und auch auf der Homepage einsehbar.

Zum Bereich der Weihnachtsbeleuchtung und der öffentlichen Beleuchtung hat der Stadtrat ebenfalls bereits Massnahmen beschlossen, diese wurden am vergangenen Montag öffentlich kommuniziert und sind jetzt in Realisierung. So wird zu tiefnächtlichen Stunden, also von 1:00 Uhr bis 5:00 Uhr auf die öffentliche Beleuchtung und die Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden, der Kirchen und der Innenstadt ab diesen Tagen bis März 2023 komplett verzichtet.

Aktuell arbeiten wir parallel dazu an weiteren unterschiedlichen Massnahmen, so wurden erste Aufträge zum Wechseln von Beleuchtungsmitteln und Optimierung im Wärmeverbrauch städtischer Räumlichkeiten vergeben. Es darf auch erwähnt werden, dass einige Anlagen der Stadt bereits in den letzten Jahren auf LED umgestellt wurden, ich erwähne als gutes Beispiel die Eishalle, mein Büro und die Festhalle. Andere werden folgen.

Zu den Leuchtreklamen: Wir dürfen aktuell keine Vorschriften erlassen, sondern nur empfehlen. Dies machen wir mit Energiespartipps. Diese Tipps unterstützt auch der Gewerbeverein der Region Frauenfeld, indem er seine Mitglieder in diesem Sinn aktiv anschreibt.

Und jetzt komme ich zum Update. Das Update zu der für alle EVUs seit Wochen im Raum stehenden Gretchenfrage: Wir haben heute um 15:00 Uhr vom Kanton eine Weisung erhalten, die unsere Absicht zumindest teilweise verhindert. Da wir gemäss diesem Beschluss des Kantons Thurgau die Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen auch nachts zwischen 1:00 Uhr und 5:00 Uhr beleuchten müssen, können wir unsere Absicht, nämlich die komplette Abschaltung der Strassenbeleuchtung, nicht so umsetzen wie angedacht. Dies, weil die einzelnen Kandelaber wie in anderen grossen Städten im Thurgau nicht einzeln gesteuert werden, sondern über einzelne Trafokreise angeschlossen sind. Dies bedeutet, es gibt keine klare Trennung zwischen Gemeinde- und Kantonsstrassen. Jetzt müssen wir uns überlegen, wie wir die 30 Fussgängerstreifen, die auf Kantonsstrassen liegen, beleuchten möchten. Es gibt innovative Ideen und es gibt weniger innovative Ideen, es ist aber todsicher mit Zeit und Kosten verbunden. Tja, wir bleiben dran, analysieren morgen wieder in einer neuen Sitzung die neue Ausgangslage, die Machbarkeit und vor allem auch die Kosten. Wir bleiben dran.

Gemeinderätin Priska Brenner Braun (GP): Die neuesten Informationen des Kantons habe ich natürlich noch nicht gehabt, den Rest verfolge ich so gut, wie ich dazu komme. Es wurde ja kommuniziert, dass die Strassenbeleuchtung in der Stadt zwischen 1:00 Uhr und 5:00 Uhr abgeschaltet werden soll. Ich habe mir gedacht, wahrscheinlich wird es ja zumindest am Wochenende Menschen auf der Strasse haben, die zwischen 1:00 Uhr und 5:00 Uhr nach Hause gehen. Hat man sich auch schon überlegt, allenfalls die Geschwindigkeiten des Verkehrs anzupassen, also quasi eine Temporeduktion zwischen 1:00 Uhr und 5:00 Uhr?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Das ist eine spannende Frage. Ich glaube aber, diese steht nicht ganz im Zusammenhang mit der öffentlichen Beleuchtung. Ich wage zu bezweifeln, dass eine Geschwindigkeitsbeschränkung zwischen 1:00 Uhr und 5:00 Uhr dazu beiträgt, Energie zu sparen. Wir kümmern uns um die Energiesparmassnahmen und sorgen dafür, dass wir da einen grossen Beitrag leisten können.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Ich habe eine Frage zu Mehreinnahmen bei Solarinvest. Das sind Photovoltaikanlagen, welche Thurplus baut und betreibt. Das Geld für diese Photovoltaikanlagen kommt von Hauseigentümern, Mietern, kleineren oder auch grösseren Unternehmungen. Als Gegenleistung bekommen diese Frauenfelder Investorinnen und Investoren über eine Laufzeit von 20 Jahren für jeden Quadratmeter, den sie kaufen oder mieten, 16.50 Franken pro Jahr auf ihre Stromrechnung gutgeschrieben. Das sind 16.5 Rappen pro Kilowattstunde für 100 kW Strom. Und das, obwohl eigentlich 1 m² deutlich mehr als diese Kilowattstunde produzieren würde. Bei den aktuellen Strompreisen ist dieses Modell für Thurplus nun noch attraktiver, sie können ja den Strom, den sie selber produzieren, auch teuer verkaufen. Für die Investorinnen und Investoren ist es aber aufgrund der langen Preisfixierung nicht mehr sehr interessant. Sie

können auch den eigenen Stromverbrauch nicht als Eigenverbrauch mit der Produktion der Solarinvest-Anlagen, in die sie investiert haben, gegenrechnen. Sie bezahlen also den hohen Strompreis, den Thurplus verrechnen muss. Das ist so, weil Solarinvest eine rein finanzielle Angelegenheit ist. Mich nimmt nun wunder, ob die finanziellen Auswirkungen, die ich so gut wie möglich zu beschreiben versucht habe, zutreffen, und wenn das so ist, was Thurplus mit diesen Mehreinnahmen, die wahrscheinlich einige 10'000 Franken pro Jahr ausmachen, macht.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Solarinvest ist eine rein finanzielle Angelegenheit, das stimmt. Solarinvest wurde als solche verkauft, als solche abgewickelt und von der Steuerbehörde als solche bestätigt. Mit Bezug auf die Aussage, dass bei den aktuell sehr hohen Strompreisen dieses Modell für Thurplus noch lukrativer ist, respektive für Investorinnen und Investoren aufgrund der langen Preisfixierung dagegen nicht, möchte ich gerne begründen, warum das so nicht stimmt. Die von den Solarinvest produzierten und ins Netz eingespeisten Kilowattstunden werden zu den individuellen Gestehungskosten, also Rappen pro Kilowatt in die Tarifierung der Grundversorgung eingerechnet. Profiteur bei höheren Strompreisen als Gestehungspreis sind demnach die Kunden in der Grundversorgung, da der Strom zu den günstigeren Gestehungskosten in die Tarife der Grundversorgung eingespeist werden. Das Modell Solarinvest ist nicht als unternehmerische, sondern als finanzielle Beteiligung mit einer festen Rendite ausgelegt. In Zeiten, in denen die Strompreise unter den Gestehungskosten der Anlagen liegen, erhalten die Investoren keinen Malus. Ziel von Solarinvest ist es, den Ausbau von Photovoltaikanlagen in Frauenfeld zu unterstützen.

Gemeinderat Ivo Begic (GLP): Im benachbarten Thundorf sorgt zurzeit eine Diskussion rund um die geplante Windenergieanlage für Gesprächsstoff. Mit dem Windstrom aus dem Gebiet könnten rund 18'000 Haushalte mit Strom versorgt werden. In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an den Stadtrat: Welche Haltung hat der Stadtrat zum geplanten Windpark in Thundorf? Ist der Stadtrat bereit, öffentlich dazu Position zu beziehen? Teilt der Stadtrat die Meinung, dass eine finanzielle Beteiligung von Thurplus an der Windenergieanlage in Thundorf sinnvoll wäre? Ist eine solche geplant?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Als Vorbemerkung: Thurplus ist seit längerem mit dem Projektentwickler in Kontakt und wir haben vereinbart, bei einer grundsätzlichen Projektweiterführung nach der kantonalen Festlegung der Vorranggebiete für Windanlagen sowie der politischen Klärung in den jeweiligen Gemeinden eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zu zeichnen.

Zur Frage 1: Der Stadtrat hat sich entschieden, die Position der Stadt Frauenfeld mit derjenigen der Regio Frauenfeld zu konsolidieren. Die Stadt hält sich mit öffentlicher Stellungnahme noch zurück, weil der Windpark nicht auf unserem Gemeindegebiet liegt und wir erst die politischen Prozesse der Standortgemeinden abwarten müssen. Energiepolitisch ist unsere Haltung dem EKZ Windpark in Thundorf gegenüber positiv, das können wir sagen. Wir möchten aber die Gemeindeautonomie respektieren.

Zur Frage 2: Die diesbezüglichen Absichtserklärungen sind in Verhandlung. Wir bitten um Verständnis, das nicht weiter ausführen zu können. Es gibt dort weitere Beteiligte und wir wollen uns erst dazu äussern, wenn die Rahmenbedingungen fixiert sind. Selbstverständlich werden wir die Finanzkompetenzen entsprechend einhalten und können solche Zusagen stets nur unter Vorbehalt machen – im Gegensatz zu anderen Interessierten.

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Die massive Strompreiserhöhung von Thurplus auf das kommende Jahr wurde bereits am 16. August durch den Stadtrat genehmigt. Der zugehörige Stadtratsbeschluss fand jedoch bis heute nie den Weg in ein Kurzprotokoll. Erst am 9. September veröffentlichte die Stadt auf ihrer Website Erläuterungen von Thurplus zum Thema. Warum kommunizierte der Stadtrat die Angelegenheit nicht von Anfang an transparent?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Vorbemerkung: Die massive Strompreiserhöhung ist eine differenziert zu betrachtende Aussage. Der Markt hat um 600 Prozent zugelegt. Es gibt in der Schweiz Kunden, die diesen Marktpreis bezahlen. Bei Thurplus steigt der Strompreis im Durchschnitt um rund 50 %. Der Stadtrat hat Thurplus beauftragt, dies entsprechend der regulatorischen Vorgaben zu kommunizieren. Thurplus hat dies entsprechend wie in den Vorjahren auch zum 31. August auf die Elcom-Seite hochgeladen und mit einer Erläuterung auf der Frontseite der Homepage veröffentlicht. Wir sind davon ausgegangen, dass aufgrund der vielen Medienberichte zu diesen allgemein starken Preisanstiegen das Thema bereits weitgehend bekannt wäre. Diese erste Einschätzung kann unterschiedlich betrachtet werden und im Nachhinein vielleicht auch als falsch. Deshalb haben wir bereits vor zwei Wochen, notabene vor dem Eintreffen dieser Frage, mit einer ausführlichen Erläuterung zu den Stromtarifen auf der städtischen und Thurplus-Homepage reagiert.

An dieser Stelle sei übrigens darauf hingewiesen, dass wir mit derselben Einkaufsstrategie in der Gasbeschaffung zu den schweizweit günstigsten Anbietern gehören. Bereits in der Nachbarstadt oder auch in der oft mit uns verglichenen Stadt Zürich kostet das Gas doppelt so viel wie hier in Frauenfeld. Und die Kommunikation dazu haben wir gleich wie beim Strom gemacht. Da die entsprechenden Stromtarife erst zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, werden entsprechende Erläuterungen zum Energiepreisanstieg zusammen mit den Energiespartipps mit dem nächsten Rechnungsversand an alle Kundinnen und Kunden in Frauenfeld versendet.

Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte) gemeinsam mit Daniel Geeler (SVP): In der Handballsaison 2021/2022 waren zwei Mannschaften des Sportklubs Frauenfeld Erst- und Zweitliga Herren gemäss Spielreglement des schweizerischen Handballverbands verpflichtet, an sämtlichen Heimspielen Haftmittel zuzulassen. In der anstehenden Saison 2022/2023 werden es bereits vier Teams, neu Zweitliga Damen und Juniorinnen sein, für die der Sportclub als Heimverein sicherstellen muss, dass mit Haftmitteln gespielt werden kann. Die Schulgemeinde Frauenfeld verbietet die Verwendung von Haftmitteln in ihren Hallen ganz prinzipiell. Ebenso lässt die Schulleitung der Kantonsschule Frauenfeld die Verwendung von Haftmitteln grundsätzlich nicht zu. Die Militärverwaltung erlaubt in der Auenfeldhalle die Verwendung von Haftmitteln, zumindest für den Meisterschaftsbetrieb, wobei das Militär die Halle nicht an sämtlichen Wochenenden zur Verfügung stellt, zudem eine Vielzahl von Sportvereinen berechnete Nutzungsinteressen hat und die Halle nachvollziehbar nicht ausschliesslich dem Handballsport vorbehalten bleiben kann.

Die Stadt Frauenfeld ist Eigentümerin von diversen Sportstätten, unter anderem der Kunsteisbahn und der Sportanlage Kleine Allmend. Ebenso steht die Festhalle Rüegerholz im Eigentum der Stadt. Während die Erstgenannten an den Abenden und Wochenenden primär den Sportvereinen zur Nutzung vorbehalten sind, wird in der Festhalle Rüegerholz die Nutzung durch Sportvereine nur insoweit ermöglicht, als nicht beispielsweise durch Messen, Ausstellungen, Sitzungen des Grossen Rats während der Coronazeit oder sonstigen Veranstaltungen eine Drittvermietung möglich ist. Für die vier Teams des Sportklubs Frauenfeld ist ein geregelter Trainings- und Meisterschaftsbetrieb unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.

Was unternimmt die Stadt Frauenfeld, damit der Handballsport weiterhin in allen Spiel- und Altersstufen in der Stadt Frauenfeld ausgeübt und wettkampfmässig betrieben werden kann?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Wäre es möglich, dass ich alle Fragen miteinander beantworten kann? Denn ich denke, es gibt da wirklich Synergien, die wir nutzen können. Möchten Sie vielleicht mit dem restlichen Text fortfahren, ist das möglich?

Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte): Je nachdem, wenn ich nicht nur eine Zusatzfrage stellen könnte, dann schon.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Es kommt darauf an, wie lange die Frage ist. Macht mal weiter.

Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte): Gut, dann mache ich weiter. Die zweite Frage: Das Militär hat angekündigt, dass es in naher Zukunft die Sporthalle Auenfeld für den Eigengebrauch benötigen und sie deshalb nur noch in reduziertem Umfang zur Nutzung an Dritte bzw. an Sportvereine vermieten wird. Dadurch werden sich die Hallenkapazitäten, insbesondere die Dreifachhallenflächen in Frauenfeld einschneidend verringern, was die Hallensportvereine insbesondere der Sportarten Unihockey, Basketball und Handball vor erhebliche Probleme stellen wird. Wie möchte die Stadt bzw. der Stadtrat ortsansässigen Hallensportvereinen helfen, damit diese ins künftig über genügend Hallenkapazitäten bzw. Hallenflächen verfügen, um in Frauenfeld trainieren und Wettkämpfe nach den jeweiligen Verbandsvorgaben austragen zu können?

Und die letzte Frage: Es ist kein Geheimnis, dass die Militärverwaltung in Aussicht nimmt, die alte Militärsporthalle in Frauenfeld zeitnah bzw. in absehbarer Zeit zu veräussern. Wie steht der Stadtrat dazu, diese Halle zu gegebener Zeit zu erwerben, zu renovieren bzw. zu sanieren, allenfalls zu vergrössern und anschliessend primär und prioritär den Frauenfelder Hallensportvereinen zu vermieten?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Die ersten beiden Fragen werde ich beantworten, die dritte Frage wird mein Kollege Elliker beantworten. Anhand des Umfangs dieser Erläuterungen ist unschwer zu erkennen, dass hinter diesen Fragen mindestens drei Handballfunktionäre des lokalen Vereins im Gemeinderat sitzen. Die Stadt Frauenfeld sucht Lösungen für alle Sportarten, nicht spezifisch für eine Sportart. Seit mehr als zwei Jahren ist uns das Anliegen bekannt, welches die Vereine mit Bedarf an Grossfeldern umtreibt. Auch deshalb wurde der Hallenbelegung bei der zukünftigen Planung besondere Beachtung geschenkt.

Zur Frage 1: Mit dem Gesamtkonzept über die Freizeit- und Sportanlagen und der dieses Jahr durchgeführten Umfrage bei Vereinen und Privatpersonen der Öffentlichkeit wurde die aktuelle Situation aufgenommen und mögliche Varianten für den zukünftigen Unterhalt der Sanierungen sowie mögliche Erneuerungen aufgezeigt. Dies wurde den Vereinen auch so kommuniziert, sei dies direkt über das Sportnetz oder auch über die Fachkommission Sport, wo noch ein weiterer Vertreter dieses Vereins Einsitz hat. Die Problematik mit den Haftmitteln kann nur in Absprache mit den Schulen und den anderen Hallenanbietern auf Platz gelöst werden. Wir lassen es zu, alle anderen nicht. Die Haftmittelverbote von Hallenbetreibern haben mitunter auch dazu geführt, dass an anderen Orten spezifische Handballhallen auf privater Basis entstanden sind. Bei der Festhalle Rüegerholz könnten wir den Vereinen ein fixes Zeitfenster garantieren, jedoch dadurch die Halle nicht mehr an andere Dritte vermieten, dies würde wiederum eine Reduktion unseres Angebots und auch der Einnahmen bedeuten. Zudem würde dies die ursprüngliche Idee einer Kombihalle torpedieren.

Zur Frage 2: Die Situation mit der Armeesporthalle ist uns bewusst. Als Sofortmassnahme helfen wir mit der Optimierung aller Hallenbetreiber, welche unter unserem Lead mit allen vier Anbietern von Sporthallen, nämlich der Armee, der Kantonsschule, der Schulen und uns gemacht wird. Zudem ermitteln und analysieren wir den generellen Bedarf an Sportinfrastruktur in Frauenfeld aufgrund der genannten Machbarkeitsstudie. Diese befindet sich in der Fertigstellung und bildet Basis für mögliche weitere Planungen und Investitionen. Der Bau einer Dreifachtrainingshalle durch die Stadt ist noch nicht geplant und auch nicht im Investitionsplan vorgesehen. Dies, weil wir und auch das kantonale Sportamt noch Optimierungsbedarf bei der Belegung des bestehenden Hallenangebots sehen.

Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte): Einleitend: Es ist nicht so, dass wir Sportfunktionäre des Sportklubs Frauenfeld sind, weder Daniel Geeler noch ich – das war vielleicht einmal so. Einfach, dass es nicht falsch verstanden wird. Ganz unabhängig davon sind wir Vertreter der Bevölkerung der Stadt Frauenfeld und wir haben auch eine Pflicht gegenüber unseren Wählern.

Deshalb finde ich es eine komische Einleitung für eine berechtigte Frage. Aber das ist etwas Anderes.

Zu meiner Anschlussfrage: Verstehe ich es richtig, dass sich die öffentliche Hand bzw. der Stadtrat nicht in der Pflicht sieht, dem Sportklub Frauenfeld respektive anderen Vereinen, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden könnten, Unterstützung zu bieten?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Nein, das habe ich nicht so gesagt. Ich habe gesagt, dass wir dies jetzt anhand der Machbarkeitsstudie, die jetzt in Aussicht gestellt wurde, prüfen, dass wir das Angebot aller Sportinfrastrukturen prüfen und die Bedürfnisse daraus ableiten. Das war meine Aussage. Aber es wäre schlichtweg verfrüht, jetzt schon Aussagen zu machen, bevor diese Machbarkeitsstudie vorliegt. Das haben wir auch so in Aussicht gestellt, diese Antwort erst dann geben zu können, wenn die Arbeit gemacht ist.

Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte): Wenn ich das richtig verstanden habe, ist prioritär die Hallenbelegung anzupassen. Ich habe es nicht sofort gefunden, aber ich habe im Hinterkopf, dass einmal angekündigt war, dass das bis im Sommer 2022 passieren sollte. Ist man dort in diesem Fall leicht im Verzug oder hat man die Priorität ein bisschen angepasst?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Das beauftragte Büro ist mit diesen Arbeiten noch beschäftigt und ist ein wenig in Verzug, das kann man so sagen. Es gibt aber trotzdem auch Abhängigkeiten zwischen dem Belegungsplan zum einen und der Bedarfsermittlung von Sportinfrastrukturen zum anderen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die alte Armeesporthalle liegt im Entwicklungsgebiet des Murgbogens. Und vorneweg: Die Armee veräussert eigentlich keine Liegenschaften, sie gibt sie im Baurecht ab. Aber zurzeit ist die alte Militärsporthalle im Kernbestand der Armee und wird auch weiterhin von der Armee genutzt. Falls die Militärsporthalle künftig aus dem Kernbestand herausgenommen werden sollte, kann allenfalls – wie ich die armasuisse kenne – die Bausubstanz – und nicht der Boden – veräussert werden. In der Reihenfolge erst eine Nutzung durch den Bund, dann Kanton, dann Stadt. Wir wissen aber, dass der Kanton der Stadt hier den Vortritt lässt, wie es auch bei der Stadtkaserne der Fall ist. Eine zeitnahe Veräusserung ist bei Grundeigentum der armasuisse und auch der Stadt zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt. Nach Corona hat man gesehen, dass die Halle anderweitig genutzt wurde, und die Armee zieht auch ihre Schlüsse aus dieser Zeit, darum ist alles auch weniger konkret. Aber es gehört zum Entwicklungsgebiet Murgbogen und es ist wichtig, dass die Stadt da die Hand darauf hat, aber wir kennen zurzeit keinen exakten Zeitpunkt, wann die Armee dies aus dem Kernbestand herausnimmt. Der Stadtrat hat grundsätzlich Interesse am Baurecht oder am Kauf dieser Halle zum entsprechenden Marktpreis. Die Gebietsentwicklung ist für uns wichtig, das muss man gesamthaft anschauen, und wenn Sie die ganze Fläche im Murgbogen und das Bevölkerungswachstum sehen, dann wird die Schule im Murgbogen auch Bedarf haben. Heute wird eine Schule mit einer Halle gebaut. Ich denke, da muss man dann Synergien nutzen, wenn es Zeit ist. Aber auch das zeigt die Zeit, die Mühlen der Politik laufen nicht schneller als früher, sondern eher langsamer, weil auch immer mehr Vorschriften zu berücksichtigen sind. In den drei Jahren habe ich das Gefühl, dass die Mühlen langsamer laufen als vor drei Jahren.

Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte): Wie stellt sich der Stadtrat zu einem Zusammenschluss, um Vereinen Hilfestellung und Unterstützung zu bieten, damit allenfalls die Vereine gemeinsam die fragliche oder auch eine andere Landparzelle erwerben könnten, um darauf eigenständig eine Sporthalle zu erstellen?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Das Erwerben einer Landparzelle ist eigentlich nicht die Aufgabe der Stadt. Wenn die Möglichkeiten vorhanden sind, kann die Stadt allenfalls im Baurecht etwas abgeben. Das muss man gesamthaft anschauen. Aber wichtig ist die Finanzierung. Wer finanziert es dann? Grundsätzlich braucht es auch einen Aufwand der Vereine. Dann kommt es

darauf an, wer welche Nutzung hat. Hat die Schule eine Nutzung, hat die Stadt noch eine Nutzung? Das muss man miteinander anschauen. Aber man muss konkret auf die Stadt zukommen, dann braucht es ein Zusammenspiel zwischen meinen Stadtratskollegen und mir und unseren Leuten, um das aufzugleisen. Letztendlich ist die angesprochene Vereinsbefragung noch ausstehend. Die wird auch Rückschlüsse für euch geben, davon gehe ich aus.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Meine zweite Frage dreht sich um die Kosten zur Umbenennung des Amts für Freizeit und Sport. 2020 wurden die Frauenfelder Werkbetriebe in Thurplus umbenannt. Das war aus meiner Sicht schon fraglich und wurde von vielen anderen auch nicht verstanden. Nun trifft es das Amt für Freizeitanlagen und Sport, damit die Zugehörigkeiten und Aufgaben besser verständlich seien. Ich persönlich glaube nicht, dass irgendjemanden der Zusatz «Anlagen» gestört hat. Der Stadtrat proklamiert, es müsse gespart werden und macht gleichzeitig eine sinnlose Namensänderung. Mich würde interessieren, wie viel die Namensänderung des Amts und des Departements gekostet hat (Kosten und Arbeitsstunden für Umbeschriftung, Logoänderung in Dokumenten, Internetauftritt, Anzeigen, Briefen, Tafeln etc.) und ob bzw. welche Dinge mit dem alten Namen bzw. Logo weggeworfen worden sind.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Viele andere in unserem Umfeld haben die Namensänderung verstanden, weil für sie die bisherigen Bezeichnungen verwirrend waren. Ist denn die Festschütte eine Sport- oder Freizeitanlage, wenn nach dem Konzert Sport getrieben wird? Darf auf der Eisbahn in der Freizeit auch öffentlicher Eislauf betrieben werden, wenn es eine Sportanlage ist? Wir haben vereinfacht beide Begriffe gleichgesetzt und Freizeit und Sport genannt. Das macht aus unserer Sicht Sinn.

Wie wurde dies umgesetzt? Der Löwenanteil aller Produkte, welche mit dem neuen Logo versehen sind, sind digital. Deshalb bleibt die Anpassung beim einmaligen Initialaufwand von 5 Minuten unseres Hausgrafikers. Material wurde keines entsorgt, sondern wird laufend aufgebraucht. Papier und Kuverts sind bei uns neutral und werden jeweils beim Drucken mit dem Logo versehen. Tafeln haben wir nur sehr wenige und werden bei Bedarf einer künftigen Anpassung neu gemacht. Die Tafel am Hauseingang der Schlossmühlestrasse musste wegen anderen Mieterwechsels im Haus sowieso ersetzt werden und wurde gleichzeitig mit dem neuen Namen versehen. Die Arbeitsbekleidung aller Mitarbeitenden ist beschriftet, diese wird ausgetragen und erst mit dem neuen Logo ersetzt, wenn auch neue Kleidung beschafft werden muss. Anzeigen, Flyer oder Inserate werden laufend mit dem neuen Logo bestückt, jedoch erst, wenn es eben notwendig ist.

Und nun zu den Kosten, welche ich auch noch absichtlich mit unserem hausinternen Fachspezialisten, dem Grafiker, abgesprochen habe. Die Logoanpassung – es geht um sieben Buchstaben – beanspruchte unserem Hausgrafiker für ca. fünf Minuten. Das sind seine Aussagen. Die Änderung des Organigramms der Stadt fünf Minuten und die Anpassungen auf der städtischen Homepage 15 Minuten. Das macht 25 Minuten, wir rechnen mit einem durchschnittlichen Stunden Ansatz von 70 Franken, beträgt rund 30 Franken. Es wurden Visitenkarten für drei Personen erstellt, das ist ein Kostenumfang von 100 Franken. Der amtsinterne Aufwand unseres Personals für Anpassungen der Briefvorlagen und internen Dokumente dauerte einen Tag, wir rechnen acht mal 70 Franken, macht 560 Franken. Ich habe noch einen Aufwand für Diverses von 200 Franken zugerechnet. Das ergibt für uns Gesamtkosten von rund 900 Franken. Dies entspricht 130 Franken pro eingespartem Buchstaben.

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Die Schlossbadi wird offiziell getrennt geschrieben als «Schloss Badi Frauenfeld» bezeichnet, innerhalb eines Textes jedoch zusammengeschrieben als «Schlossbadi Frauenfeld». Was ist der Grund für diese beiden Schreibweisen?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Der Grund für die unterschiedlichen Schreibweisen ist der ewig und immerwährende Kampf zwischen Kommunikationsprofis und Marketingexperten. Während die Kommunikationsprofis Wert auf korrektes Deutsch legen, steht für die Marketing-

experten vor allem ein peppiges und ansprechendes Design im Vordergrund. «Schlossbadi» in einem Wort zusammengeschrieben steht der Kreativität des Marketings im Weg, weil es umständlich und schwerfällig ist. «Schloss Badi» in zwei Wörtern ohne Bindestrich geschrieben ist hingegen laut Duden nicht korrekt. Und wenn zwei Sturköpfe, gemeint ist unsere Kommunikationsabteilung und die Marketingabteilung, da zähle ich mich dazu, die das Logo kreiert, aufeinandertreffen, muss man gut schweizerische Kompromisse finden. Dies ist hier geschehen, aber sind wir ehrlich, im Volksmund heisst es dann eh nur: «Chunsch au id Badi?», weshalb es doch eigentlich gar nicht so wichtig ist, wie man die Schlossbadi an der Schlossmühlestrasse nun schreibt, getrennt oder zusammen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es eine Ergänzungsfrage?

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Nein, wir sind uns da einig.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Weil die beiden folgenden Fragen von Priska Brenner Braun und Susanne Weibel ganz ähnlichen Inhalt haben, wird Stadträtin Barbara Dätwyler diese beiden Fragen in Absprache mit den Fragenden gemeinsam beantworten.

Gemeinderätin Priska Brenner Braun (GP): Im Winter 2022/2023 werden die Energiekosten in der Stadt Frauenfeld massiv ansteigen, wir haben das schon gehört. Ich werde meine Frage daher etwas zusammenfassen. Wir beobachten also eine kommende oder bereits laufende Teuerung bei allen Energiekosten. Wir hören, dass Krankenkassen Prämien bis zehn Prozent und mehr ansteigen können. Daneben beobachten wir wohl alle Teuerungen beim Einkauf der täglichen Güter. Massiv erhöhte Energiepreise und die laufende Teuerung belasten die Budgets der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Frauenfeld. Diese werden vor allem jene hart zu spüren bekommen, die schon jetzt am Limit sind und jeden Fünfer zweimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Es ist zu befürchten, dass gerade Familien und Einzelpersonen mit knappen Budgets in arge Bedrängnis und in existenzielle Nöte geraten können. Vor diesem Hintergrund folgende Fragen: Welche Hilfestellungen plant die Stadt für einkommensschwache Einwohnerinnen und Einwohner, die durch die explodierenden Energiepreise, die laufende Teuerung und steigende Krankenkassenprämien in Bedrängnis geraten?

Gemeinderätin Susanne Weibel (SP): Mir hat sich aus dem Zeitgeschehen heraus genau dieselbe Frage gestellt, ich stelle sie einfach ein bisschen kürzer. Überlegt sich der Stadtrat, angesichts der stark steigenden Energie- und Strompreise, der Teuerung und der steigenden Krankenkassenprämien Entlastungsmöglichkeiten für Haushalte mit tiefem Einkommen, damit diese nicht in die Sozialhilfe abrutschen?

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Danke, dass ich die Frage einmal beantworten kann. Ich muss ein wenig ausholen, denn nicht alle sind Fachpersonen wie Priska Brenner. Die Schweiz verfügt über ein sehr komplexes System der Sozialversicherung. Auf der einen Seite entscheiden die Sozialpartner jeweils im Herbst über eine generelle Lohnerhöhung bzw. über die Berücksichtigung der allgemeinen Teuerung in einer Lohnrunde. Die Gewerkschaften fordern aktuell eine generelle Lohnerhöhung von drei bis fünf Prozent. Ebenfalls passt der Bundesrat in der Regel alle zwei Jahre die Renten den Lohn- und Preisentwicklungen an. Es kann davon ausgegangen werden, dass die besonders Bedürftigen, die Empfängerinnen und Empfänger von Ergänzungsleistungen, eher zu den AHV- und IV-Renten eine Anpassung an die aktuelle Preissituation erfahren werden. Dies wird zurzeit in Bundesbern ziemlich heftig diskutiert. Als letztes Auffangnetz in diesem System der Sozialversicherung ist die öffentliche Sozialhilfe ein zentrales Element zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

Da die Sozialhilfe bedarfsorientiert ist, würden bei steigenden Kosten zur Lebenserhaltung mehr Personen und Haushalte Anspruch auf Leistungen der Sozialhilfe haben. Sprich: Die Schwelle für Bezugsberechtigung von Sozialhilfe sinkt. Das Amt für Soziale Dienste der Stadt Frauenfeld ist sich der kommenden Herausforderung sehr bewusst und kann zeitnah auf eine auffällige Zu-

nahme von Anmeldungen mit Leistungen der Sozialhilfe reagieren. Wir sind zudem in der Stadt Frauenfeld sehr gut vernetzt und tauschen uns regelmässig mit anderen Beratungsstellen wie zum Beispiel den beiden Landeskirchen – auch die haben eine Sozialdiakonie –, der Krankenkassenkontrollstelle, die für die individuelle Prämienverbilligung zuständig ist (aus dem Departement meiner Kollegin Elsbeth Aepli) sowie auch zum Beispiel allen subsidiären Beratungsstellen, wie der Budgetberatung der Caritas, die wir finanziell unterstützen, regelmässig aus. Personen und Haushalte in einer schwierigen finanziellen Situation können so über die Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe aufmerksam gemacht werden. Aber auch im Rahmen der Sozialhilfe werden die ausgewiesenen Mietnebenkosten übernommen. Dies ungeachtet der Höhe der effektiven Nebenkosten. Der Strom jedoch ist halt in den pauschalisierten Ansätzen enthalten. Im sogenannten Warenkorb des Grundbedarfs sind Stromkosten mit 4.5 Prozent Anteil einberechnet. Das sind aktuell 96 Franken pro Monat für einen Vierpersonenhaushalt. Und momentan beträgt die Teuerung dieses Warenkorbs, der von der SKOS bestimmt wird, unter zwei Prozent, da die fossilen Brennstoffe als grösste Kostentreiber darin nicht enthalten sind.

Im Kanton Thurgau sind die Richtlinien der SKOS, der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, im Sozialhilfegesetz verankert. Über eine Erhöhung des Grundbedarfs der Sozialhilfe wird die SKOS bzw. die SODK, die Konferenz der Kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, bis Ende Jahr entscheiden und den Kantonen einen Vorschlag unterbreiten. Der Regierungsrat des Kantons Thurgau muss diesen Vorschlag per Beschluss für die Gemeinden als verbindlich erklären, und dieser wäre dann auch für Frauenfeld verbindlich. Eine letzte Anpassung an die Teuerung ist per 1. Januar 2022 erfolgt, dies hat die Fürsorgebehörde auch so übernommen.

Es ist also auf jeder Ebene Thema, aber dies ist jetzt halt die Antwort aus Sicht der Sozialen Dienste. Grundsätzlich ist es ein Thema der Energieversorgung und nicht der Sozialhilfe. Wir helfen Menschen in Notsituationen und grosser Bedürftigkeit, dies muss jedoch aktiv bei uns ersucht werden. Wir wissen alle, das ist immer noch mit einem Stigma verbunden und wird nicht von allen Personen genutzt, die sogar Anrecht auf Sozialhilfe hätten.

Entlastungsmöglichkeiten wie Gutschriften oder Erlasse sind nicht in unserem Zuständigkeitsbereich, und auch Thurplus sind da durch gebührenfinanzierte Gelder in vielem die Hände gebunden. Zurzeit kann ich leider keine befriedigende Antwort geben.

Gemeinderätin Susanne Weibel (SP): Wir können ja wahrscheinlich schon davon ausgehen, dass aufgrund der aktuellen Situation die Sozialhilfekosten steigen werden. Wird das im aktuellen Budgetprozess auch berücksichtigt?

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Leider schon, ja. Die Sozialhilfekosten werden im Moment nur steigen.

Gemeinderätin Priska Brenner Braun (GP): Sehen Sie eine Möglichkeit, beim Kanton Einfluss auszuüben, beispielsweise auf die Höhe der Prämienverbilligung bei der Krankenkasse?

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Da hat die Grossratspräsidentin ein Handicap, sie darf sich politisch nicht äussern. Aber ich habe genug Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat unter Ihnen und auch in meiner Fraktion im Grossen Rat, die Einfluss nehmen können. Auch dies wird ein Thema sein in der Budgetdebatte im Kanton, nehme ich an.

Gemeinderätin Priska Brenner Braun (GP): Darf ich eine zweite Zusatzfrage stellen?

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Eigentlich nicht.

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Frag mich nachher.

Gemeinderat Stefan Eggimann (Die Mitte): In meiner beruflichen Tätigkeit komme ich immer wieder mit Menschen in Kontakt, die in prekären Wohnsituationen leben, auch in Frauenfeld. Meine Frage deshalb: Verfügt die Stadt Frauenfeld über Mindeststandards für Wohnungen oder Zimmer, in denen sie Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger und ihre Familien unterbringt? Und wenn ja, wie lauten diese Mindeststandards?

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Aktuell ist es so, dass durch das Amt für Soziale Dienste in der Stadt Frauenfeld einige Wohnungen mithilfe des Amtes für Hochbau und Stadtplanung für die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine angemietet wurden. Diese entsprechen aber den normalen Standards von Mietwohnungen im preistiefen Segment. Grundsätzlich ist es natürlich so, dass Sozialhilfebeziehende in Mietwohnungen untergebracht sind. Es ist nicht in der Verantwortung der Sozialen Dienste, die Standards von Wohnraum zu überprüfen. Auch eine Empfängerin oder ein Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe schliesst persönlich einen Vertrag ab mit einem Vermieter. Die Sozialen Dienste sind nicht Vertragspartner. Der Mieter hat das Recht, in eine saubere und gut benutzbare Wohnung zu ziehen, und die Stadt Frauenfeld hat sämtliche Wohnungen registriert, die unsere Sozialhilfebezügler mieten und führt auch eine Mieterschlichtungsstelle, wo man sich hinwenden kann.

Bezüglich der Standards ist es so: Die Fürsorgebehörde ist eine selbstständig entscheidende Behörde der Stadt Frauenfeld, diese setzt Maximalmietzinsen fest. Wir verlangen von unseren Sozialhilfeempfängern, dass ihre Fixkosten tiefgehalten werden. So stehen Personen in der Sozialhilfe in der Regel weniger Wohnfläche zur Verfügung, als wir uns das vielleicht gewohnt sind. Ein Ehepaar kann zum Beispiel nur in einer Eineinhalbzimmerwohnung eingemietet sein, ein Ehepaar mit Kind vielleicht in einer Zweieinhalbzimmerwohnung. Die Standards sind somit durch die Maximalmietzinsen gesetzt, welche die Fürsorgebehörde der Stadt Frauenfeld im Rahmen der gesetzlichen Sozialhilfe beschlossen hat. Die Preisspanne beträgt zurzeit von maximal 750 Franken für eine Einzelperson bis maximal 1'700 Franken für eine sehr grosse Familie mit mehreren Kindern – wir sprechen da ab neun Personen, immer abgestuft nach Personenzahl im eigenen Haushalt. Sie sehen, das ist nicht viel Geld, welches man für eine Wohnung ausgeben kann.

Die Sozialen Dienste führen in der Innenstadt fünf Einzelzimmer in einer Altbauliegenschaft. Aus Gründen des Datenschutzes und auch zum Schutz der Personen, die da wohnen, nenne ich die Adresse nicht. Diese Zimmer werden in der Regel vorübergehend für alleinlebende Männer genutzt, welche aus verschiedenen Gründen auf dem freien Wohnungsmarkt keinen Wohnraum anmieten können. Diese Zimmer sind möbliert mit einem einfachen Standard. Das heisst in der Sozialhilfe, es gibt ein Bett mit Matratze, es gibt einen Tisch und einen Stuhl, eine Kommode oder einen Schrank. That's it. Die Badezimmer und Küche werden gemeinschaftlich genutzt und eine Waschmaschine und ein Wäschetrockner sind vorhanden. Aktuell wohnt nur eine Person in einem dieser Zimmer. Diese Zimmer sind nur zur Abwendung einer akuten Obdachlosigkeit gedacht und stehen jeweils nur für drei Monate zur Verfügung. In dieser Zeit muss der Klient oder die Klientin eine eigene Wohnlösung suchen. Sollten die Zimmer mal aus einem Grund nicht infrage kommen, zum Beispiel wegen Geschlecht der Bewohnenden oder weil die Zimmer alle besetzt sind, auch das hatten wir schon, wird für Personen mit Wohnsitz in Frauenfeld in der Regel eine Kostengutsprache für das Durchgangwohnheim der Heilsarmee in Winterthur geleistet, das sind aber dann nur einzelne Nächte.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich danke allen Fragenden für den Beitrag zu dieser Fragestunde und ich bedanke mich beim Stadtrat und den Mitarbeitenden, die sich die Mühe genommen haben, diese Fragen zu beantworten.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Ich teile noch mit, dass Gemeinderätin Lisa Badertscher, vertreten durch Christa Zahnd, eine Einfache Anfrage betreffend «Street Art Festival» eingereicht hat.

Wie angekündigt folgen nach dieser Sitzung noch zwei Orientierungen unter Ausschluss der Medien und der Öffentlichkeit aus dem Departement Finanzen und Zentrales. Ich bitte die Mitglieder des Gemeinderats, nach einer kurzen Pause pünktlich um 19:55 Uhr wieder im Saal zu sein.

Ich danke Giuseppe D'Alelio und dem Team der Stadtkanzlei für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Sitzung. Ich danke auch der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck, den wir jetzt wieder geniessen können.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet schon in zwei Wochen, am Mittwoch, 5. Oktober 2022 um 18:00 Uhr statt. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche allen, die uns nun verlassen, einen schönen restlichen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:50 Uhr
